

183A 10756 S

# Zeitungsspiegel

Herausgegeben vom Evangelischen  
Presbyterverband für Rheinland

Essen, Dritter Hagen 23, Schließfach 689 · Fernruf Essen 24344 und 24345 · Postcheckkonto Essen 3417

Herausgegeben: Montag, den 1. Mai 1933.

Nr. 17.

Vertraulich!

V o r b e m e r k u n g :

=====

Wir weisen nochmals auf den vertraulichen Charakter unseres Zeitungsspiegels hin. Unsere kürzliche Meldung über den Stahlhelm sollten wir auf Wunsch des Stahlhelms, an den sie gelangt war, "berichtigen". Sie hat sich nur zu schnell bewahrheitet!

I. Allgemeines.

=====

- A. Der Präsident der vereinigten Landbünde, W. Darré, hat kürzlich über die nationalsozialistischen Richtlinien zur Siedlungspolitik sich folgendermaßen geäußert:

"Auch der Siedlungswille der Landarbeiterschaft wird in dem neu geweckten Standesbewußtsein der bäuerlichen Organisation eine klarere Prägung erfahren. Der Landarbeiterstand ist ein Produkt der liberalistischen Epoche der Landwirtschaft, und der Landarbeiter wird in dem Maße allmählich wieder Bauer werden, wie der Liberalismus aus der Wirtschaft verschwindet. Die deutschen Landarbeiter sind ja die enterbten Söhne früherer Bauern: Anschluß der Landarbeiter-Organisationen an die bäuerlichen Standesvereinigungen heißt für uns also nicht Verwägung des Landarbeiterstandes. Bei dem Beispiel des pommerischen Landbundes, der bekanntlich die Arbeitnehmer mitumfaßt, darf man nicht stehenbleiben. Mit solchen Methoden würde man die Siedlungsbewegung der Landarbeiterschaft abrosseln.

Anstelle der Siedlungsbürokratie müßten wieder Menschen die Initiative übernehmen:

Nehmen wir als Beispiel ein Rittergut von 5 000 Morgen, dessen Besitzer ohne eigenes Verschulden wirtschaftlich zusammengebrochen ist. Ist er ein tüchtiger Mensch und ein sauberer Charakter, so wird er mit Freuden auf das Angebot eingehen, vielleicht 4 500 Morgen zur Aufrechnung seiner Schulden herzugeben, mit der Verpflichtung, diesen Grund und Boden an eine Siedlergruppe in nicht zu kleine Stellen aufzusiedeln, für die er persönlich als Siedlungsträger zu wirken hat. Allerdings ist dabei Voraussetzung, daß die Gutsbesitzer, in deren Hand derart wichtige Akte des völkischen Aufbaus gelegt werden, auf ihre Eignung hin ausgesucht und fortdauernd überwacht werden. Das braucht aber nicht durch einen umfangreichen bürokratischen Apparat zu geschehen; dazu eignet sich viel besser ein Staat von freiwilligen Mitarbeitern, wie er heute der NSDAP. bereits in ihrem agrarpolitischen Apparat zur Verfügung steht. Wenn auf diesem Wege die Menschen, die durch persönliche Werbung zusammengefaßt worden sind und die zu dem Boden in seiner landschaftlich bedingten Eigenart wirklich passen, unter der Führung des Gutsbesitzers als geschlossene

Gruppe angesiedelt werden, so gewinnt der Gutsbesitzer eine Bedeutung als geistiger und wirtschaftlicher Rückhalt seiner Bauern, und er nimmt damit sein, in der Geschichte der Kolonisation des Ostens begründetes Amt als "Schulze" oder "Erb-scholtisei-Besitzer" wieder auf. In dieser Rolle als Schulzen-Gut gewinnt der Besitz seines Gutes wieder den sittlichen Gehalt einer völkischen Aufgabe, während gleichzeitig die un-gesunde Übersteigerung der landwirtschaftlichen Betriebsgrö-ßen, die in der bisherigen liberalistischen Wirtschaftsordnung lediglich vom Markt her eingesetzt hat, auf ein gesundes Maß zurückgeschraubt wird. "

Vergleiche hierzu das Urteil Werner Beumelburgs in seinem soeben erschienenen Buch: "Arbeit ist Zukunft" (Verlag Stal-ling, Oldenburg):

"In der Siedlung liegt die tiefste Aufgabe des deutschen Arbeitsdienstes. Keine andere Bewegung entspricht so der Eigenart seines Charakters, und keine andere Bewegung wird ihn so eng mit dem Riesenkomplex des nationalen Wiederaufbaus verbinden wie diese. Unser östlicher Nachbar Polen hat es fertiggebracht, in zielbewußter Arbeit längs der uns aufgezwungenen Grenze mehr als hunderttausend neue Bauernstellen zu besiedeln. Wir aber haben im gleichen Zeitraum fast nichts getan, um den Osten für uns zu erhalten, obwohl unsere wirtschaftliche und völkische Entwicklung nach dem Einsatz der großen West-Ost-Bewegung geradezu schrie."

B. Außenpolitisch wird der sich anspinnende russisch-japanische Krieg, hinter dem die englische Diplomatie steht, das Weltereignis werden, in das die Frankreich freundlichen Industriellen und die England freundlichen Nationalsozialisten Deutschland auf verschiedene Weise verflechten werden. In England hat allerdings der gesellschaftliche Boykott der Deutschen begonnen und eine neue Hetze gegen Deutschland eingesetzt. Das gesamte Ausland redet von dem deutschen Präventivkrieg, und von Papens Protest wurde von der Auslandspresse fast ganz totgeschwiegen.

Unserm Verhältnis zu Rußland, namentlich unseren Wirtschaftsbeziehungen, drohen durch die Besetzung der Derop schwerste Gefahren. Durch Empfang des russischen Botschafters durch Hitler wurde versucht, diesen letzten Rückhalt für unsere Weltpolitik und unsere Wirtschaftsbeziehungen zu erhalten. Vergleiche den Eifer des "Angriffs", mit dem dieser sich für die deutsch-russischen Beziehungen einsetzt. Das Ganze gleichzeitig ein Druck unsererseits auf England.

II. Freiherr von Pechmann tritt zurück.

=====

"Deutsche Allgemeine Zeitung", Nr. 199/200 vom 30. April 1933.

Freiherr von Pechmann tritt aus dem Kirchenausschuß aus.

=====

Ein Schreiben an D. Kapler.

D. Wilhelm Frhr. v. Pechmann hat an den Präsidenten des Deutschen Evangelischen Kirchenausschusses D. Dr. Kapler

folgendes Schreiben gerichtet:

Hochverehrter Herr Präsident!

Im Lichte alles dessen, was ich nach dem Schlusse der außerordentlichen Tagung des Kirchenausschusses gelesen habe, insbesondere im Lichte der Erklärungen des Herrn Wehrkreispfarrers Müller werden meine Bedenken gegen die neuen Bahnen unserer deutschen evangelischen Kirchenpolitik noch ernster, als sie es schon zuvor gewesen waren: so zwar, daß ich es für unmöglich halte, an der ferneren Arbeit des Kirchenbundes irgendwie ersprießlich teilzunehmen. Ich bitte Sie daher, die Erklärung meines Austritts aus dem Kirchenausschusse und ebenso aus dem Kirchentage entgegenzunehmen.

Was diese Erklärung in mehr als einer Hinsicht für mich bedeutet, das wissen Sie. Ich sage darüber an dieser Stelle kein Wort. Sobald es irgend geht, werde ich Gelegenheit suchen, mich von Ihnen, mein hochverehrter Herr Präsident, persönlich zu verabschieden.

Wenn ich die Erklärung auch der Öffentlichkeit übergebe, so bedarf das gewiß nicht der Rechtfertigung. Ich bin diesen Schritt der Stellung schuldig, welche ich in dem kirchlichen Leben unseres deutschen wie meines engeren Vaterlandes seit mehr als einem Menschenalter eingenommen habe, und nicht zuletzt den Anteil, den ich an der Arbeit im Kirchenbunde habe nehmen dürfen, seit er besteht.

In alter aufrichtiger Verehrung bitte ich, Herr Präsident, bleiben zu dürfen

Ihr sehr ergebener

gez. D. Wilh. Erhr. v. Pechmann.

### III. Allgemein-kirchliche Nachrichten.

=====  
"Der Reichsbote" Nr. 101 vom 30 April 1933.

- a) Die Junglutherische Arbeitsgemeinschaft hat soeben ihre Vertrauensmänner aus allen Teilen des Reiches nach Kassell-Wilhelmshöhe einberufen, um an den großen kirchlichen Entscheidungen der Stunde mitzuarbeiten. Gleichzeitig haben die landschaftlichen Arbeitsgruppen Auftrag bekommen, Richtlinien für die Neugestaltung des kirchlichen Wesens auszuarbeiten.

Die Junglutherische Arbeitsgemeinschaft, die seit Jahren unter Leitung von D. Erich Stäge an einer Erneuerung der Kirche aus dem innersten Wesen der reformatorischen Verkündigung arbeitet, setzt sich nachdrücklich für ein bewußtes, von konfessioneller und partikularistischer Verzerrung freies Luthertum ein, das in einer lutherischen Gesamtkirche deutscher Nation seine Darstellung finden muß.

- b) Ostpreussische Pfarrer beraten. In Königsberg versammelten sich dieser Tage etwa 60 Vertreter der ostpr. Pfarrerschaft, um über die gegenwärtigen Aufgaben der ostpreussischen Provinzialkirche zu beraten. Der Präsident des Konsistoriums Dr. Kramer und der Dekan der theologischen Fakultät nahmen an den Verhandlungen teil. Die Einmütigkeit, die dabei erzielt wurde, war allen Teilnehmern ein erhebendes Zeugnis für die Entschlossenheit der ostpr. Pfarrerschaft, die kirchlichen Gegenwartsaufgaben verantwortlich anzugreifen.